



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich und Weststadt

August 1984

Müllentsorgung in Bonn SPD: Recycling muß Vorrang haben

Das von der Stadt geplante Müllheizkraftwerk ist in den letzten Monaten wieder stark in die Diskussion gekommen. Neue Hinweise auf umweltfreundlichere Alternativen haben die SPD veranlasst, entsprechende Forderungen an die Verwaltung zu stellen. Sie wurden von der CDU abgelehnt. SPD-Stadtverordneter Horst Bachmann teilte uns zum Stand der Diskussion mit:

Ende 1987 endet voraussichtlich die Möglichkeit, den Teil des Bonner Hausmülls, der nicht in Bad Godesberg verbrannt wird, auf der Deponie in Bornheim-Hersel zu lagern.

Der Regierungspräsident wird aus Umweltgesichtspunkten keine weitere Hausmülldeponie genehmigen, allenfalls eine "Reststoffdeponie" in Bornheim-Brenig.

In Bonn fallen zur Zeit etwa 218.000 t Müll jährlich an. Die Verwaltung rechnet mit einer jährlichen Steigerungsrate zwi-

Gewerbegebiet, günstig innerhalb des Entsorgungsgebietes und hat keine unmittelbar angrenzende Wohnbebauung.

2. Durch die Nähe zum Heizkraftwerk Karlstraße der Stadtwerke besteht die günstige Einspeisungsmöglichkeit für Strom und Fernwärme in die entsprechenden Netze der Stadtwerke.

Am 7. Mai 1981 hat der Stadtrat die Einholung eines Gutachtens zum Standort Immenburgstraße beschlossen. Die Vorentwurfsplanung sieht vor, daß bei der



Übrigens:

Nun hat er sich also schon zum zweitenmal als Papiertiger erwiesen, der selbsternannte oberste Umweltschützer der Nation und Retter des deutschen Waldes. Zum zweitenmal erweisen sich Versprechungen von Bundesinnenminister Zimmermann als leere Worte.

Zunächst war da die Sache mit dem abgasarmen Auto. Verbindlich sollte es Anfang 1984 eingeführt werden, notfalls auch im Alleingang in Europa, so hatte Zimmermann angekündigt.

Doch dann ging er vor der Autoindustrie in die Knie, und mit ihm die Koalition. Der Wald hatte wieder eine Runde im Kampf ums Überleben verloren.

Dann kam die Sache mit dem neuen Kraftwerk Buschhaus im Niedersächsischen. Daß Kraftwerke neben dem Auto die größten Feinde des Waldes sind, hat sich allmählich ja herumgesprochen.

So forderte denn auch der Deutsche Bundestag im Juni in einer nahezu einstimmig verabschiedeten Entschließung, Buschhaus müsse vor Betriebsaufnahme eine Rauchgasentschwefelung erhalten.

Doch bereits einige Wochen später ist davon nicht mehr die Rede. Wieder hat sich die Industrielobby durchgesetzt, diesmal jedoch in unheiliger Allianz mit der IG Bergbau.

Sie will angeblich Arbeitsplätze sichern, tut aber mit ihrem Einsatz das Gegenteil. Während in Buschhaus der Einbau einer Entschwefelungsanlage verhindert wird, muß im Siegerland eine Firma wegen Auftragsmangels Konkurs anmelden, die gerade diese Anlagen herstellt.

Eine Politik, die in der Lage ist, über den Tellerrand der eigenen Interessen hinauszusehen, stünde der Gewerkschaft sicher besser zu Gesicht. Von der Koalition ist eine wirksame Umweltpolitik nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten.

Die Belastung der Umwelt

Verursacher in der Bundesrepublik Deutschland in %

Abgase, Rauch, Staub: 18 Mio Tonnen

Kraftwerke, Fernheizwerke

Industrie

17%

Haushalte, Kleinverbraucher

16%

21%

Verkehr

46%

Abfälle: 520 Mio Tonnen

Industrie

23%

Landwirtschaft

50%

Bergbau

13%

Haushalte, Kleinverbraucher

14%

Abwasser: 43 Mrd Kubikmeter

einschl. Kühlwasser

Industrie

28%

Kraftwerke

59%

Haushalte, Kleinverbraucher

13%

schen 1% und 2%. Ob diese Rate realistisch ist, ist ungewiß.

Seit dem Sommer 1979 wird nun in Bonn verstärkt über den Bau einer zweiten Müllverbrennungsanlage diskutiert. Im Frühjahr 1981 haben die Stadtwerke Bonn dem Stadtreinigungsamt vorgeschlagen, in der Immenburgstraße ein Müllheizkraftwerk zu errichten. Gegenüber einer Ausweitung der schon bestehenden Mehler Anlage wurden für diesen Vorschlag folgende Argumente ins Feld geführt:

1. Der Standort liegt in einem

Abfallverbrennung entstehende Wärme zur Dampferzeugung genutzt wird. Dieser im Müllheizkraftwerk erzeugte Dampf wird zum größten Teil an das Heizkraftwerk Karlstraße der Stadtwerke abgegeben. Dieses Konzept hat sich als wirtschaftlichste Lösung herausgestellt.

Der Stadtrat hat schließlich am 8.7.1983 der Planung eines Müllheizkraftwerkes an der Immenburgstraße zugestimmt. Voraussetzung war, gleichzeitig mit dem Planfeststellungsverfahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung



4715

In der Straße am Schwanenmor-
gen fehlen nach Meinung der An-
wohner Parkplätze. SPD-Stadtver-
ordneter Horst Bachmann hat sich
dum gekümmert und den Oberstadt-
direktor gebeten, zu prüfen, ob
nicht auf einem nicht genutzten
Grundstückstreifen einige zusätz-
liche Parktaschen angelegt wer-
den können.

durchzuführen. Diese Prüfung hat
folgendes ergeben:

Zu dem Standort an der Immen-
burgstraße gibt es keine echte
Alternative. Die Wohnbebauung
schließt nicht wie in Mehlem un-
mittelbar an die Anlage an, und
die Verkehrsführung der Müllfahr-
zeuge ausschließlich über die
Autobahn und das Dickopskreuz
ist günstig.

Abwasserprobleme sowie Geruchs-
und Lärmbelastigungen werden sich
umweltrelevant nicht ergeben.
Insgesamt liegen die Emissionen
um ein Vielfaches unter den Wer-
ten der Anlage in Mehlem. Sie
unterschreiten also größtenteils
die in der TA-Luft III vorge-
schriebenen Werte für Großfeue-
rungsanlagen.

Darüberhinaus wird durch das
Fernwärmeangebot eine Einsparung
von 3.600 Hausbrandstellen er-
wartet.

UMWELTVERTRÄGLICHKEITSSTUDIE

Bei der Analyse der zu erwar-
tenden Emissionen sind noch die
Werte der Stickoxyde und der
Schwermetalle kritisch. Die Menge
der Stickoxyde erhöht sich rela-
tiv, wird jedoch, umgerechnet auf
die Menge des Verbrennungsgutes,
vermindert.

Das größte Problem stellen die
angenommenen Werte für Schwerme-
talle im Rauchgasaustritt dar.
Diese scheinen in der Tabelle
der Umweltverträglichkeitsprü-
fung erheblich über den Grenzwert
der TA-Luft III zu liegen.

Ein Absenken des Wertes ist
erforderlich. Schließlich muß
das Problem der möglichen Dioxin-
bildung in der Flugasche noch
weiter geklärt und gelöst werden.

Die Bonner SPD hat zunächst
angesichts fehlender realistischer
Alternativen, vorbehaltlich der
Lösung der vorstehend genannten
Emissionsprobleme, die Errich-
tung des Müllheizkraftwerkes an
der Immenburgstraße für die beste
der möglichen Lösungen gehalten.
Sie hat jedoch grundsätzlich fol-
gende Rangfolge für die verschie-
denen Lösungen der Müllentsor-
gung festgelegt:

1. Soweit es in der Möglich-
keit der Stadt liegt, zur Müll-
vermeidung beizutragen,
2. soviel Wiederverwertung
von Rohstoffen (Recycling) wie
möglich vorzusehen,
3. noch übrig bleibenden Müll
zur Gewinnung thermischer Ener-
gien zu nutzen,
4. Reststoffe auf einer Rest-
stoffdeponie zu deponieren.

In den letzten Monaten sind
mehrere Vorschläge für ein Re-
cyclingverfahren gemacht worden.
Nach dem Kenntnisstand der SPD-
Fraktion gab es bis Januar 1984
keine Anlagen, die große Mengen
Mülls recyceln konnten. Inzwi-
schen haben Vertreter der Frak-



Für sein soziales Engagement und sein Wirken für den deutsch-
französischen Jugendaustausch hat der Bundespräsident unserem
Stadtverordneten Horst Bachmann das Bundesverdienstkreuz 1. Klas-
se verliehen. Überreicht wurde Horst Bachmann die Auszeichnung
in der Staatskanzlei in Düsseldorf durch Ministerpräsident Johan-
nes Rau. Mit Rau gratulierte der Vorsitzende der SPD Bonn-West,
Stadtverordneter Dieter Witte. Der Endenicher Ortsausschußvor-
sitzende Josef Hamacher, der ebenfalls mit in Düsseldorf war,
nutzte die Gelegenheit, das Arbeitszimmer des Landesvaters zu
besichtigen. Auch er gratulierte Horst Bachmann.

tion ihnen benannte Anlagen be-
sichtigt. Das Verfahren der Fir-
ma Esmil scheint danach am chan-
cenreichsten zu sein. Es bringt
folgende Chancen und Risiken:

a) In der Recyclinganlage
wird der Hausmüll in verschie-
dene Arten (Schrott, Blech, Kom-
post, Kunststoff usw.) getrennt.

b) Bei so großen Mengen wie
in Bonn ergeben sich Probleme
der Vermarktung der gewonnenen
Stoffe. Das zeigt sich auch bei
den Anlagen der Firma in Holland
und in Wien. Die Firma Esmil hat
aber eine Absatzgarantie durch
eigene Vermarktung in Aussicht
gestellt.

c) Eine Verbrennung von Teil-
en des Hausmülls nach erfolgter
Sortierung kann nicht ausge-
schlossen werden. Durch die Vor-
sortierung z.B. von Plastik ver-
ringern sich aber die bei der
Verbrennung entstehenden Proble-
me gegenüber einer Verbrennung
des gesamten Hausmülls erheb-
lich. Zudem muß das Heizwerk
Karlstraße demnächst eh umgerü-
stet werden. Der gleichzeitige
Einbau einer Rauchgaswäsche
könnte dann die Verbrennung von
Teilen des vorsortierten Mülls
ermöglichen.

d) Eine Reststoffdeponie wird
auch bei Recycling erforderlich.

e) Ungeklärt ist der Platzbe-
darf der Recyclinganlage. Dieser
hängt davon ab, ob man zwei oder
drei "Straßen" braucht.

f) Die Müllbeseitigungskosten
bei einer Verbrennung liegen
laut Verwaltung bei 74 DM je Tonne.
Der Preis ist kalkuliert
auf einen Jahresdurchsatz von
180.000 t (zur Zeit 150.000 t).
Kostensteigerungen können ihn
noch erheblich nach oben treiben.
Beim Recyclingverfahren werden
zur Zeit Kosten zwischen 60 und
70 DM angenommen. Nach unten
könnte der Preis beeinflußt wer-
den dadurch, daß die Stadt Bau-
träger wird und Zuschüsse in An-

spruch nimmt, wie auch für das
Müllheizkraftwerk vorgesehen.

RECYCLING ALS ALTERNATIVE ?

Nach dem heutigen Wissens-
stand kann gesagt werden, daß
die Recyclinganlage billiger als
das Müllheizkraftwerk, zumindest
aber kaum teurer sein wird, und
das bei allen ihren positiven
Auswirkungen.

CDU IST UMWELTFEINDLICH !

In der letzten Sitzung des
Rates hat die SPD-Fraktion Ver-
handlungen mit der Firma Esmil
und die Prüfung einer Recycling-
anlage beantragt. Die CDU hat
diesen Antrag abgelehnt. Damit
wurde eine Chance vertan, eine
umweltfreundliche Lösung für die
notwendige Müllbeseitigung we-
nigstens ernsthaft zu prüfen.
Die SPD hat aus dem Verhalten
der CDU die Konsequenzen gezo-
gen und ist nicht mehr bereit,
die Verantwortung für das Müll-
heizkraftwerk mitzutragen. Sie
wird sich jedoch weiterhin für
die befriedigende Lösung aller
noch offenen Emissionsprobleme
einssetzen. Wir werden die Ende-
nicher Bürger wie bisher über
die weitere Entwicklung unter-
richten.

Anfragen

Seit einigen Monaten besteht
entlang der Hügelstraße auf einer
Seite ein Radweg. Das reicht
nicht aus, meinen die Anwohner.
Stadtverordneter Horst Bachmann
war derselben Meinung. Deshalb
hat er den Oberstadtdirektor,
zu prüfen, ob auf der anderen
Seite der Straße ebenfalls ein
Radweg angelegt werden kann.
Das würde auch den Wünschen der
Anwohner entgegenkommen, durch
Verschmälerung der Hügelstraße
die überhöhten Geschwindigkeiten
der Fahrzeuge dort zu reduzieren.

20 Jahre Arbeit für Endenich

Stadtverordneter Dieter Witte

Seit dem 27.9.1964 vertritt Dieter Witte die Interessen Endenichs im Bonner Stadtrat.

Damals wurde er als jüngster Stadtverordneter Nordrhein-Westfalens gewählt.

Wenn die SPD-Fraktion auch nicht die Mehrheitsfraktion im Bonner Stadtrat war, so ist es ihr doch gelungen, viele Dinge für Endenich - oft erst nach jahrelangem Kampf - durchzusetzen.

Der Sport- und Freizeitpark im Burggelände, die Sporthalle und die letztlich nicht ganz nach seinen Vorstellungen geplante "verkehrsberuhigte Einkaufszone" sind einige Beispiele für Initiativen von Dieter Witte, die zum Erfolg geführt haben.

Für die älteren Bürger Endenichs ist auf Antrag von Dieter Witte vor über 10 Jahren die Altenstube in der Endenicher Burg eingerichtet worden.

Damit fand die "Heimatlosigkeit" vieler älterer Mitbürger ein Ende, die seither täglich ein vielfältiges Angebot von Veranstaltungen in ihrer Freizeit und - für ältere Menschen besonders wichtig - in Gesellschaft anderer Menschen finden.

Neben seiner kommunalpolitischen Arbeit für Endenich ist Dieter Witte im Bonner Stadtrat besonders für das Aufgabengebiet des Öffentlichen Nahverkehrs zuständig.

Seit 10 Jahren ist er auch Vorsitzender des Stadtwerkeausschusses des Bonner Rates.

Als geborener Berliner ist Dieter Witte längst ein engagierter Bonner und speziell Endenicher geworden. Schließlich

wohnt er schon fast 30 Jahre in Endenich.

Seine Mitgliedschaft in vielen Organisationen und Vereinen wie der Freiwilligen Feuerwehr und einem Karnevalsverein - um nur zwei Beispiele zu nennen - machen seine Verbundenheit mit unserem Stadtteil deutlich.



Wenn auch in den letzten 20 Jahren viel für Endenich erreicht werden konnte, bleiben noch genug Probleme, die einer Lösung harren. Der ständig wachsende Verkehr im Ortskern muß bewältigt werden und auch die Gestaltung des Zentrums um den Magdalenenplatz herum muß endlich in Angriff genommen werden.

Die SPD hat Dieter Witte deshalb erneut für die kommende Kommunalwahl am 30.9.1984 als Kandidaten für den Wahlkreis Endenich I (Alt-Endenich) aufgestellt.

Die Milliarden - Verschwendung

Auch Bonn soll verkabelt werden

Der Bericht des Bundesrechnungshofes "zur Wirtschaftlichkeit öffentlicher Breitbandverteilernetze" ist für den Bundespostminister ein sehr unangenehmes Dokument: Weisen doch die obersten Rechnungsprüfer der Nation recht überzeugend nach, daß Schwarz-Schillings Pläne zur flächendeckenden Verkabelung der Bundesrepublik auch im günstigsten Fall nicht aufgehen können. Der Bericht liefert kräftige Stützen für das Argument, Schwarz-Schilling schröpfe Briefschreiber und Fernsprechkunden, um damit ein ebenso wirtschaftlich riskantes wie medienpolitisches großmannsüchtiges Unternehmen voranzubringen.

Von 13,5 Milliarden DM war der Minister in seiner Propaganda ausgegangen, nun wurde ihm nachgewiesen, daß sein Hobby den Steuerzahler etwa 21,3 Milliarden kosten wird, und das ohne die Investitionen für die Einspeisung zusätzlicher Programme.

Wie sollen diese Mehrkosten aufgefangen werden? Auch hier weist der Rechnungshof den zu erwartenden Weg: "Ein günstigeres betriebswirtschaftliches Ergebnis könnte durch gebührenpoli-

tische Maßnahmen erreichbar sein."

400 DM soll der Anschluß im Moment kosten, und das versteht der Minister bewußt als "Lockangebot", damit möglichst viele Bürger sich anschließen lassen. Erst dann nämlich (Ziel ist ca. 90%) ist Grundlage für die schon falschen Zahlen des Ministers halbwegs gesichert. Monatlich ist eine Gebühr von 6 DM zu zahlen.

Der Rechnungshof geht neben der zukünftigen Anschlußgebühr von 500 DM von einer monatlichen Gebühr von dann 15,50 DM aus.

Welcher private Haushalt wird dann noch bereit sein, sich anzuschließen? Was hat er überhaupt davon?

Die bereits bestehenden Programme sollen störungsfrei empfangen werden können. Das ist in den meisten Gebieten schon heute möglich, für schlechter versorgte Gegenden gibt es sicher preisgünstigere Möglichkeiten.

Der Bundesdeutsche Fernseher soll endlich mehr Programme angeboten bekommen von wegen der Ausgewogenheit der Informationsmöglichkeiten. Haben wir noch nicht genug? Sollen wir noch mehr in

die Röhre gucken, anstatt uns mal mit den Mitmenschen zu beschäftigen?

Nein, der Hauptgrund ist ein anderer. Über diese Verkabelung soll privaten Anbietern der Weg in unser Wohnzimmer geebnet werden. US-amerikanische Verhältnisse sollen demnächst auch den Bundesbürger beglücken. Und wie sehen die aus?

Ein wenig davon mitbekommen hat, wer die Übertragungen von den Olympischen Spielen verfolgt hat. Was wann in welchem Umfang gesendet wird, bestimmen nicht sportliche Begründungen, sondern allein werbungstechnische Notwendigkeiten. Ein typisches Beispiel war die Eröffnungsfeier, die im amerikanischen Fernsehen dreifundfünfzigmal durch Werbespots unterbrochen wurde, alle 10 Minuten einer.

Sind das keine herrlichen Aussichten: Bei latort oder Dallas an den spannendsten Stellen Reklame für Persil oder Pampers?

Hier geht es um privatwirtschaftliche Interessen verschiedener Medienkonzerne. Auch Herr Schwarz-Schilling konnte hier öffentliches Amt und eigene Geschäftsinteressen nicht auseinanderhalten.

Auch Bonn soll nun total verkabelt werden, so wollen es die Kabelfetischisten der CDU. Sie fordern die Bürger auf, die Leitung in ihr Haus legen zu lassen, denn das sei ja umsonst. Aber was kommen danach für Kosten. Die SPD sieht in diesen Plänen eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern, mit der sich mal wieder einige gesundstoßen wollen.

Aus dem Rathaus

Der Hof der Endenicher Burg soll endlich überdacht werden, damit dort wetterunabhängig Veranstaltungen durchgeführt werden können. Einen entsprechenden Prüfungsauftrag an die Verwaltung beschloß die Bezirksvertretung auf Antrag von Dieter Witte.

Ebenfalls soll die Anlage eines Grillplatzes im Burggelände geprüft werden.

Endenicher Bürgern, die beim letzten Hochwasser Schäden erlitten haben, sollen diese auf Antrag von der Stadt ersetzt werden. Das setzten Dieter Witte und Klaus Stöppler in der Bezirksvertretung durch.

In der Fronzgasse darf weiter gerast werden. Einen Antrag von Dieter Witte auf Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h lehnten CDU und FDP ab. Wortführer gegen diese Verkehrsicherungsmaßnahme war in der Bezirksvertretung der CDU-Stadtverordnete Hospes.

Der Parkplatz am Magdalenenplatz wird wiederhergerichtet. Die Verwaltung griff eine Anregung von Dieter Witte und Klaus Stöppler auf, die "Mondlandschaft" dort schnellstens zu beseitigen.

Fahrradrallye fand großes Interesse



Am 21. Juli führte der SPD-Ortsverein Bonn-West eine Fahrradrallye für jung und alt quer durch Enderich und angrenzende Gebiete durch. Nicht Schnelligkeit war gefragt, sondern aufmerksames "Erfahren" der näheren Umgebung. Dabei konnten überraschend Details entdeckt werden, an denen man im Alltag achtlos vorübergeht. Zusätzlich sorgten Geschicklichkeitsspiele wie z.B. das Rasieren eines Luftballons und Fahrübungen für Abwechslung und Auflockerung. Unter der organisatorischen Leitung von Gisela Haas, SPD-Kandidatin für die Bezirksvertretung Bonn, fungierten die SPD-Stadtverordneten Horst Bachmann und Dieter Witte als "Streckenposten". Beim Burgfest am 25. August werden den Teilnehmern Urkunden überreicht.

6 Jahre Zeitung für Enderich

Seit sechs Jahren gibt es sie nun, die Stadtteilzeitung in Enderich. Im August 1978 hat sie, wenn auch zunächst viel kleiner in der Auflage, das Licht unserer Stadtteils erblickt. "Der Hügel" hieß sie damals und wurde in dem gleichnamigen Wohngebiet in Enderich verteilt.

Die Endericher SPD hatte sich damals überlegt, wie man am besten die Bürger über Probleme ihres Ortsteils informieren und ihnen selbst Gelegenheit geben könnte, ihre Wünsche zu artikulieren. Und, das war das wichtigste, das sollte regelmäßig geschehen und nicht, wie bei anderen Parteien, nur kurz vor den Wahlen.

Als beste Möglichkeit bot sich die Herausgabe einer Stadtteilzeitung an. So machten sich dann im August einige Mitglieder der Endericher SPD daran, eine Zeitung zu erstellen. Sie stieß bald auf reges Interesse. Das bewiesen zahlreiche Zuschriften und Telefonanrufe bei der Redaktion. Von anfänglich 1.500 stieg die Auflage über 5.300 bis auf heute 7.200 Exemplare, die in ganz Enderich und Teilen der Weststadt verteilt werden.

Die Redaktion bedankt sich bei ihren Lesern für das Interesse und die kritische Begleitung ihrer Arbeit. Wir werden Sie auch weiterhin über alles Wichtige informieren und stehen auch Ihnen gerne zur Verfügung.

5. ENDENICHER BURGFEST

25. August 1984, 14 Uhr

Tanzmusik

Jazz

Renaissance-Musik

griechische Folklore

Karussell

Zauberer

Griechisches und jugoslawisches Essen

Kaffee und Kuchen

Limo Bier Cola

Wir laden ein SPD BONN-WEST

Aus dem Rathaus

Zahlreiche Bürger haben sich darüber beklagt, daß man Tagesnetzkarten für die Verkehrsbedürfnisse nicht in den Bussen und Bahnen, sondern nur an bestimmten Vorverkaufsstellen bekommen kann. Begründung: Verkauf im Bus lohne sich nicht, weil zu wenig Nachfrage bestehe. Horst Bachmann hielt dies nicht für stichhaltig. Er fordert von der Stadt, in Zukunft Tagesnetzkarten auch in den Verkehrsmitteln anzubieten.

Von der Carl-Justi-Straße zum Probsthof führt entlang des Feldes ein Fußweg, der von vielen Spaziergängern genutzt wird. Auch zum Einkaufen nach Enderich bietet er sich an. Leider ist er in einem sehr schlechten Zustand. Bei Regenwetter verwandelt er sich in eine Schlammwüste. Horst Bachmann hat bei der Stadt angeregt, diesen Fußweg zu befestigen.



Rotkehlchen

Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.200
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156